

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus

Einzelhefte: 10 Pf. —
Abonnement: 10 Mark —
Postkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7495.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatthaus Nr. 655-53.

Don 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7495.

Bezugspreis: Durch den Verlag bezogen: Mk. 2.80 monatlich, Mk. 11.40 vierteljährlich, ohne
Trasporto; durch die Post bezogen: Mk. 3.20 monatlich, Mk. 12.80 vierteljährlich, mit Be-
stellung. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Ersatzung des entfallenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Erste Anzeigen Mk. 1.25, auswärtige Anzeigen Mk. 1.80, dritte Anzeigen Mk. 1.—,
auswärtige Anzeigen Mk. 1.— für die einfache Zeile oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entfallender Nachschub. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Mittwoch, 23. Januar 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 41. • 69. Jahrgang.

Die postalische Eisenbartkur.

„Es ist ihr ewig Weh und Ach so tausendfach aus einem Punkte zu kurieren.“ So belehrt Mephisto den Schüler in seinem Vortrag über den Geist der Medizin und die Frauen. Der Reichspostminister Giesberts hat sich in ganz ähnlicher Weise eine leicht fahliche, höchst einfache Theorie über den Geist des Postbetriebs und die Erhöhung der Gebühren zurechtgelegt. Auch ihr Weh und Ach ist, so meint er, so tausendfach aus einem Punkte zu kurieren. Man erhöht nämlich die Gebühren! Aber es ist eine Eisenbartkur, die nicht auf das Rückgrat nimmt, wofür doch die Verkehrsanstalten da sind, nämlich auf den Verkehr und die Wirtschaft.

Eisenbahn und Post stehen, das wissen wir alle, unter dem Druck eines ungeheuren Defizits. Seit längerer Zeit ist uns verkündet worden, daß die zuständigen Stellen mit dem der Sache angemessenen Eifer darüber nachgrübeln, wie diesem Defizit, das bei den Eisenbahnen mehr als 16 Milliarden Mark, bei der Post 2,9 Milliarden Mark betrug, abzuheilen sei. Alle Welt war gespannt darauf, was bei dieser geistigen Beschäftigung herauskommen werde. Man erwartete eine Offenbarung, eine neue Methode praktischerer Organisation, die Vereinfachungen und damit Ersparungen im Betrieb ermöglicht. Und was kommt zum Schluß heraus? Die uralte, abgetandene Methode: Erhöhung der Gebühren! Dazu hätte es wirklich nicht so langwieriger Gehirnarbeit bedurft, denn das Mittel war ja hinlänglich bekannt. Ob es probat ist, steht auf einem anderen Blatt.

Zweifelloso sind bei dieser rein fiskalischen Methode gewisse Vorteile für den Fiskus zu erwarten. Bei der letzten sehr kräftigen Erhöhung der Eisenbahngebühren ist ebenso wie bei den Postgebühren natürlich eine Herabsetzung des Verkehrs bzw. der Benutzung eingetreten, aber da ein großer Teil der Menschen sich zuweilen von einem Ort zum anderen bewegen muß und Frachtgüter versenden und Briefe geschrieben werden müssen, so ergab sich zum Schluß doch noch ein Plus für den Fiskus. So soll denn auf diesem Grunde weitergebaut werden. Eine erhebliche Erhöhung der Eisenbahngebühren ist bereits angekündigt worden, und am Montag gab das Reichspostministerium den im Verein mit dem Verkehrsbeirat ausgearbeiteten vorläufigen Entwurf eines Post- und Telegraphengebührengesetzes bekannt, dessen exorbitante Sätze mit Staunen und Schrecken aufgenommen worden sind. Es wird demnach als Zeichen einer gewissen Wohlhabenheit angesehen werden, wenn einer einen Brief schreibt, und Pakete werden sich nach und nach zu Monopoloobjekten für Kriegs- oder Friedensgewinnler entwickeln.

Die Methode, nach der das neue Schema gearbeitet ist, erscheint in der Tat ungeheuer einfach. Man schreibt auf die eine Seite die alten Sätze, multipliziert mit anderthalb oder zwei und der neue Tarif ist fertig. Alles ohne Apparat! Als die letzte Erhöhung der Postgebühren erfolgte, wurde sie damit motiviert, daß das Defizit bei der Post 2,9 Milliarden betrug. Jetzt begründet der Reichspostminister Giesberts die neue Portterhöhung damit, daß das Defizit für das Rechnungsjahr 1920/21 3 1/2 Milliarden und für 1921/22 sogar vier Milliarden erreichen würde. Na also! Da hat doch die Erhöhung der Postgebühren ihren Beruf verfehlt, und es würde eigentlich nahe liegen, nach anderen Mitteln zu suchen.

Der alte Postmeister Stephan, der doch sein Handwerk verstand, hat einmal eine Erhöhung der Postgebühren damit abgewiesen, daß eine Überspannung der Finanzkraft auf die Dauer den Finanzen selbst schade. Aber wenn auch das Verkehrsbedürfnis so groß ist, daß kein Rückgang der Gebührenerhöhung nicht aufhebt, sondern noch ein Plus für den Fiskus bleibt, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Post auch dem Zweck dient, Handel und Wandel zu beleben und dadurch indirekt die Steuerkraft zu erhöhen. Ganz besonders gilt dies für Zeiten wirtschaftlicher Depression, wie wir sie jetzt haben.

Der Reichspostminister traut auch seiner eigenen Eisenbartkur so wenig, daß er in einigen Punkten, so mit den Druckachen, mit sich handeln lassen will. Wir hoffen, daß, wenn nicht der Reichstag, so doch der Reichspostminister handeln wird, denn die chronischen Vortextexperimente am lebenden Objekt des deutschen Wirtschaftskrisen werden nachgerade staatsgefährlich. An die Stelle der Tarifschraube ohne Ende muß endlich einmal die verheißene Reorganisation des Betriebs treten, auf die hinzuwirken ja vor allem Aufgabe des eigens zu diesem Zweck ernannten Sparsamkeitsdiktators wäre. Der Reichspostminister aber denkt: Vom sicheren Porto läßt sich's gemächlich reden!

Neu-Bestimmungen für die Abstimmung in Oberschlesien.

mx. Beuthen, 25. Jan. (Drachbericht.) Die Abstimmungskommission in Duppeln hat folgende, für die Abstimmung wichtige Entscheidungen getroffen, die sie den Vertretern des deutschen und des polnischen Abstimmungsausschusses mitgeteilt hat und sie ermächtigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

1. Alle Stimmberechtigten der Kategorie B (in Oberschlesien geborene, aber nicht dort wohnhafte Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuss eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimmlisten eingetragen sind, und zwar durch die Post gegen Rückschein.

2. Für die Schriftweise der Namen werde am besten der in der Geburtsurkunde stehende Name gewählt, im übrigen seien die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage nicht so peinlich, sondern entgegenkommend. Es soll ausreichen, wenn durch die Schriftweise der Klang des Namens wiedergegeben wird.

3. In den Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten (Kategorie B, Anlage 1 der vorläufigen Vorschriften) ist unter Nr. 15 anzugeben die Zeit, wann der Stimmberechtigte den Wohnort in Oberschlesien verließ. Die ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn genauere Angaben nicht möglich sind.

4. Der Service du plébiscite ist damit einverstanden, daß die Eintragung der Abstimmungsgäste durch die Organisationen des deutschen und des polnischen Plebiszitärausschusses den paritätischen Ausschüssen übermittelt werden.

Die Waffenbeschlagnahme in Oberschlesien.

mx. Gleiwitz, 25. Jan. (Drachbericht.) Zu der Nachricht, daß bei der Waffenbeschlagnahme in Ruppau (Kreis Rastatt) auch Besatzungstruppen mitgewirkt hätten, wird jetzt von dem Truppenkommando Gleiwitz der Postdirektion mitgeteilt, daß die Beschlagnahme von Beamten der in Gleiwitz stationierten 2. Infanteriebrigade wurde. Interalliierte Truppen waren bei der Beschlagnahme nicht beteiligt.

Übernahme der Häfen auf das Reich.

Br. Duisburg, 25. Jan. (Eig. Drachbericht.) Unter dem Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten Deier fand eine für das Schicksal des Ruhrorter Hafens, des Rhein-Raifnal, die Ruhr und den Rhein bedeutungsvolle internationale Versammlung statt. Deier wies auf den Art. 27 der Reichsverfassung hin, wonach alle Wasserstraßen auf das Reich überzugehen haben. Man erwäge, ob auch die Häfen, die durch die Verfassung nicht festgelegt sind, vom Reich übernommen werden sollen. Der Redner wies ferner auf die historische Bedeutung des Duisburger Hafens hin und betonte, daß gerade der Ruhrorter Hafen als wichtiger Überlaufhafen übernommen werden solle, während die anderen mit einem Virus arbeitenden Häfen vom Reich abgetrennt werden seien. Das sei bedenklich. Oberbürgermeister Dr. Jarres erklärte, er könne sich sehr gut vorstellen, daß durch die Übernahme der Wasserstraßen auf das Reich eine Entwicklungsmöglichkeit gegeben sei, die für den Duisburger-Ruhrorter Hafen bedeutungsvoll sei. Deier trat in seinem Schlusswort mit Entschiedenheit als präventiver Minister für die Übernahme der Häfen auf das Reich ein.

Reform der juristischen Vorbereitung.

Br. Berlin, 24. Jan. (Eig. Drachbericht.) Dem Petitionsausschuss des Reichstags lag eine Eingabe vor, die von den vereinigten Fakultäten der Universität Halle eingereicht worden war und die forderte, daß das Rechtsstudium mehr mit wissenschaftlichem und logischem Verständnis erfüllt werde. Dazu führte ein Vertreter des Reichsjustizministeriums aus, daß ein aus Professoren, Richtern und Rechtsanwälten bestehender Ausschuss sich mit einer Reform der juristischen Vorbereitung beschäftigt. Von dem Ergebnis der Beratungen würde es abhängen, ob eine Vereinfachung des Rechtsstudiums im Wege der Vereinbarungen zwischen den Ländern oder auf gesetzgeberischem Wege geboten ist. Die Eingabe wurde der Regierung als Material überwiesen.

Das Eingeständnis der Kommunisten.

Br. Berlin, 25. Jan. (Eig. Drachbericht.) Die infolge der Verhaftungen und Beschlagnahmen im Westen festgestellten Pläne auf Gründung einer roten Armee sind so einsehend, daß die Kommunisten in ihren Blättern nicht wagen, die allgemeine Nichtexistenz der beschriebenen Mittelungen zu bestreiten. Damit ist zum mindesten Klarheit geworden. Es wird jetzt vor allem die Aufgabe der Behörden sein müssen, aus dem vorgefundenen Material festzustellen, ob es kommunistische Organisationen gibt und ob sich in den Händen der Kommunisten Waffen befinden. Die Dokumente ergeben auch, daß die kommunistischen Pläne darauf fußen, daß im Konfliktfall in den Besitz der reaktionären Waffenlager zu setzen, über die sie offenbar genau unterrichtet sind. Daraus ergibt sich für die Behörden die Pflicht, umgehend die Aushebung rechtschaffener Waffenmeister einzuleiten.

Hungerstreik im Russenlager Gardelegen.

mx. Berlin, 25. Jan. Laut „B. Z. M.“ sind die Russen im Russenlager zu Gardelegen in den Hungerstreik getreten. Sie wollen durch diese Maßnahme die Abberufung eines ihnen mißliebigen Geistlichen erzwingen.

Die Verteilung der amerikanischen 20-Millionen-Spende.

Br. Berlin, 25. Jan. (Eig. Drachbericht.) Der deutsche Zentralausschuss für die Auslandshilfe hat in der letzten Sitzung seines Arbeitsausschusses einen Verteilungsplan für die 20-Millionen-Mark-Spende des amerikanischen Roten Kreuzes genehmigt. Es handelt sich um rund 15 Millionen Ellen Planen und zahlreiche Rissen mit Unterzeug, Kleider, Garn und Planenlaken. Durch einen Verteilungsplan ist dafür Sorge getragen, daß derjenige Teil der Sendung, der von den Spendern nicht an bestimmte Adressen ausgegeben ist, über das ganze Deutsche Reich verteilt werden wird.

Europas Verschuldung an Amerika.

mx. Washington, 25. Jan. (Drachbericht.) Der Professor für Nationalökonomie der Cornell-Universität, Dr. George Warren, erklärte vor dem Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses die Schulden Europas an die Vereinigten Staaten würden im Jahre 1924 zwanzig Milliarden Dollar betragen. Weiter erklärte er, daß europäische Handelsfirmen amerikanischen Handelsfirmen fast vier Milliarden Dollar schulden. Europa müsse fortfahren, seine Erzeugnisse nach Amerika zu senden, ohne Rücksicht auf die amerikanischen Einfuhrzölle. Warren erklärte, daß nach seiner Ansicht sich der Wechselkurs vorläufig nicht bessern würde und daß er zu einem weiteren Anwachsen der europäischen Schulden beitragen würde.

Arbeitseinschränkungen in Frankreich.

mx. Paris, 25. Jan. (Drachbericht.) Nach einer Savoy-meldung erhöhten sich die Arbeitseinschränkungen bei mehreren Fabriken in Nancy. In der Schuhindustrie sind die Arbeiter wöchentlich nur noch 30 Stunden tätig. Auch aus Montauban werden Arbeitseinschränkungen gemeldet. Eine Weberlei schloß ihre Betriebe; in einer anderen werden monatlich nur zwei Wochen gearbeitet.

Das englisch-russische Handelsabkommen.

mx. London, 25. Jan. (Drachbericht.) Gestern Abend wurde vom Handelsamt der Wortsatz des Entwurfs des Handelsabkommens zwischen der britischen Regierung und der russischen Regierung, der Krasin vor seiner Abreise nach Russland überreicht worden war, veröffentlicht. Die beiden wichtigsten Punkte beziehen sich auf die Ernennung britischer und russischer offizieller Agenten, die unter anderen Privilegien Befreiung von einer Verhaftung und einer Durchsuchung genießen und Garantien des britischen Reichs gegen die Beschlagnahme russischen Goldes. Die britische Regierung erklärt ausdrücklich, daß sie keinerlei Gold, Kapitalien oder Wertpapiere, die nach England gelangt werden und nicht nachweisbar Eigentum britischer Untertanen sind, beschlagnahmt oder in Besitz nehmen wird. Deswegen wird die englische Regierung eine Beschlagnahme irgend welcher bremelicher oder unbeweglicher Güter nicht vornehmen, die von der Regierung innerhalb des britischen Reichs erworben worden sind. Dem Abkommen hinzugefügt ist eine wichtige Erklärung über die Anerkennung von Forderungen, an der beide Parteien beteiligt sind und nach der alle gegenseitigen Forderungen durch einen neutralen Veraleich beigelegt werden sollen.

Die staatliche Zugehörigkeit Litauens.

D. Warschau, 25. Jan. (Eig. Drachbericht.) Die Kommission des Völkerbundes hat sich nach polnischen Blättermeldungen gegen die Einberufung des Warsauer Landtags erklärt und diesem das Recht der Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit Litauens abgesprochen.

Allrussische Fachmännerkonferenz.

D. Moskau, 25. Jan. (Eig. Drachbericht.) Am 20. Jan. wurde in Moskau die allrussische Fachmännerkonferenz eröffnet, die aus Ingenieuren und anderen hochqualifizierten Spezialisten und Gewerkschaftsvertretern besteht. Sie bezweckt die Organisierung der Arbeit nach wissenschaftlichen Methoden und stellt die Hauptaufgabe, der Produktion eine wissenschaftlich-theoretische Grundlage zu geben. Professor Pechterow ist zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt worden.

Lenin gestorben?

mx. Paris, 25. Jan. (Drachbericht.) Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien“ aus London erhält sich weiterhin in Finnland mit Hartnäckigkeit das Gerücht, daß Lenin gestorben sei.

Leon Bourgeois über das Werk des Völkerbundes.

mx. Paris, 25. Jan. Im Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten verbreitete sich Leon Bourgeois über das Werk des Völkerbundes, der immer größere Energien erzeuge und einen unbestreitbaren Einfluss ausübe. Er wies auf die Wichtigkeit der internationalen Arbeitsorganisationen für Hygiene, Transportwesen und Wirtschaft und finanzielle Beziehungen in Vergangenheit und Zukunft hin. Die Regierung werde demnach dem Senat einen Gesetzentwurf über die Bildung eines internationalen Gerichtshofes vorlegen, an dessen Einrichtung selbst die Vereinigten Staaten mitgewirkt hätten. De Selves übermittelte die Gladmündigkeit der Kommission an Bourgeois anlässlich der Verteilung des Nobelpreises. Zu erwähnen ist, daß der Gerichtshof des Völkerbundes nicht den Haager Gerichtshof verdrängen wird, der als Schiedsgericht bestehen bleiben und die Vize der internationalen Schiedsrichter ausstellen soll, unter denen der Völkerbund keine Richter für den ständigen Gerichtshof auswählen wird.

Der Transport von Völkerbundstruppen durch die Schweiz.

mx. Bern, 25. Jan. (Drachbericht.) Nach einer Meldung der „Basler Nachrichten“ ist der Bundesrat mit der Durchreise von Truppenkontingenten ausländischer Völkerbundstaaten durch die Schweiz zur Organisation der Abstimmung im oberelsässischen Gebiet durchaus einverstanden, da es sich dabei keineswegs um eine kriegerische Maßnahme oder um Kriegsvorbereitungen handeln kann.

Zu dieser Meldung erzählt die Schweizerische Eidgenossenschaft von zünftiger Seite: Die französische Botschaft habe in der Tat vor einigen Wochen beim politischen Departement angefragt, welche Stellung der Schweizerische Bundesrat gegenüber einem eventuellen Durchtransport von Völkerbundstruppen für die polnisch-litauische Abstimmung einnehme. Das politische Departement habe die Anfrage dem Eisenbahndepartement unterbreitet, auf Beantwortung der technischen Seite eines solchen Durchtransportes. Die Prüfung der Angelegenheit sei noch nicht abgeschlossen. Der Abschluß gekommen.
